

ANEU Sozial- und klimagerechte Politik – gerade in schweren Zeiten!

Antragsteller*in: Tobias Goldschmidt und Aminata Touré (KV Plön / KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein verurteilen den russischen
2 Angriffskrieg auf die Ukraine scharf. Unsere Solidarität gehört den Opfern des
3 Krieges. Der Krieg verursacht unermessliches Leid und muss dringend beendet
4 werden. Putin darf den Krieg nicht gewinnen. Wir unterstützen den klaren Kurs
5 unserer Bundesaußenministerin.

6 Auch in Schleswig-Holstein sind die Folgen des Krieges unübersehbar. Viele
7 Menschen fliehen aus den Kriegsgebieten und werden bei uns gut aufgenommen. Es
8 braucht deshalb ein gut abgestimmtes Verfahren zwischen Bund, Land und Kommunen,
9 um die Aufnahme und Verteilung zu organisieren. Dank gebührt all denen, die
10 mithelfen ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Wir Grüne werden sie auf allen
11 Ebenen unterstützen.

12 Für viele Bürger*innen und Unternehmen stellen die steigenden Energiepreise ein
13 großes Problem dar. Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Energiekrieg.
14 Deutschland hat sich den letzten Jahrzehnten abhängig von russischem Erdgas
15 gemacht – und ist damit verwundbar. Wir müssen unsere Energiesouveränität
16 wiedererlangen und unterstützen den Bundeswirtschaftsminister hierbei. Klar ist:
17 Die hohen Preise sind nicht Folge der Energiewende, sondern Folge einer
18 verschleppten Energiewende. Wir werden weiter unseren schleswig-holsteinischen
19 Beitrag leisten, um die Energiewende hinzubekommen.

20 Wir leben in Zeiten multipler Krisen: Der Krieg in Europa, die Klimakrise, das
21 Artensterben und große soziale Unsicherheiten prägen unsere Zeit. Wir Grüne
22 stehen für einen integrativen, lösungsorientierten und optimistischen
23 Politikansatz und spielen die Krisen und ihre Betroffenen nicht gegeneinander
24 aus. Auch wenn wir in diesen Krisentagen schwere Entscheidungen treffen oder
25 mittragen müssen bleiben wir klar im Kurs: Wir wollen die sozial-ökologische
26 Transformation und messen Vorschläge zur Krisenbewältigung daran, ob sie
27 einerseits wirksam und andererseits zukunftsfest sind. Ein (Wieder)einstieg in
28 Atomkraft und Fracking sind dies nicht.

29 Wir stellen uns deshalb hinter die Entscheidung unseres
30 Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck, über einen zeitlich eng begrenzten
31 Streckbetrieb von 2 Atomkraftwerken bis maximal April erst zu gegebener Zeit zu
32 entscheiden. Denn einen sinnvollen Beitrag könnten diese Atomkraftwerke weder
33 zum Ersetzen von Gas, noch zur Senkung der Strompreise liefern, sondern
34 lediglich zur lokal begrenzten Stabilisierung des Stromnetzes im extremen Worst-
35 Case Szenario. Eine zeitlich begrenzte Einsatzreserve ist deshalb der richtige
36 Kompromiss.

37 Wir weisen aber nochmal darauf hin dass die beiden Argumente PSÜ und Bezug der
38 Brennstäbe aus Russland sehr wichtig sind, auch für die öffentliche Diskussion
39 und bitten darum, diese zu beherzigen.

40 Aktuell geht es darum, die Abhängigkeit von russischen Energieimporten radikal
41 zu verringern. Dies wird durch einen Maßnahmenmix aus Energieeffizienz,

42 Erneuerbaren Energien und der Diversifizierung bestehender Lieferbeziehungen
43 geschehen. Für uns Grüne ist entscheidend, dass letztere keine fossilen Lock-In-
44 Effekte verursachen. Neue Energieinfrastrukturen müssen von vornherein für die
45 postfossile Welt vorbereitet sein. Von der Bundesregierung fordern wir, dass
46 Treibhausgasemissionen, die durch die kurzfristige Krisenbewältigung entstehen
47 (beispielsweise Fuel-Switch in Industrie und Kraftwerkspark) durch zusätzliche
48 Klimaschutzmaßnahmen kompensiert werden müssen. Hier liegt ein Tempolimit als
49 besonders offensichtliche, schnell wirkende und kostengünstige Option auf der
50 Hand.

51 Es ist leider nicht auszuschließen, dass es im kommenden Winter zu regionalen
52 oder auch großräumigeren Rationierungen bei der Gasversorgung kommen wird. Jede
53 Kilowattstunde Erdgas, die heute eingespart wird, schützt das Klima auf der
54 einen und die Energiekund*innen auf der anderen Seite vor Versorgungsausfällen.
55 Deshalb appellieren wir an die Schleswig-Holsteine*innen: Spart Energie wo immer
56 es geht! Wir wollen dies durch einen klugen Instrumentenmix aus Kommunikation,
57 Beratung, Förderung, Marktanreizen und auch Ordnungsrecht erreichen.
58 Beispielsweise muss der Einbau von Gas- und Ölheizungen schnellstmöglich beendet
59 werden und eine Verpflichtung zur Installation von Solaranlagen auf Neubauten
60 sowie nach Eigentumsübergang und grundsätzlichen Sanierungen ist dringend
61 erforderlich.

62 Wir sind die Partei der Energiewende: Sie macht uns unabhängig von fossilen
63 Energieimporten und schützt das Klima. Damit ist sie ein zentraler Baustein zum
64 Erhalt der Biodiversität, zur Armutsvorsorge und auch zur nationalen
65 Souveränität. Wir werden sie weiter beschleunigt und naturverträglich und
66 gerecht umsetzen. Es ist gut, dass der Koalitionsvertrag klare Aussagen zur
67 Ausweisung neuer Windvorrangflächen und zur Photovoltaik enthält. Gerade diese
68 Projekte wollen wir prioritär umsetzen.

69 Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit: Deshalb sehen wir, dass gerade
70 Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen vor großen Herausforderungen
71 stehen. Hohe Energiekosten belasten viele Haushalte und Unternehmen schon heute
72 massiv. Es steht zu befürchten, dass die Kostenspirale ihr Ende längst noch
73 nicht erreicht hat. Für uns ist klar, dass weitere Entlastungspakete des Bundes
74 erforderlich sind, um Menschen in dieser Krisenzeit nicht alleine zu lassen. Wir
75 fordern den Bund auf bei Entlastungspaketen gerade Menschen mit geringen und
76 mittlerem Einkommen im Blick zu haben und vor allem gesellschaftliche Gruppen zu
77 berücksichtigen, die in der Vergangenheit nicht berücksichtigt worden sind:
78 Studierende, Auszubildende, Senior*innen. Ebenso klar ist, dass
79 Entlastungspakete nicht mit der Gießkanne erfolgen können und Effizienzanreize
80 nicht gefährdet werden dürfen. Auch auf Landesebene stellen wir uns unserer
81 Verantwortung und werden in einer fairen Lastenverteilung auch künftig
82 notwendige Unterstützungsmaßnahmen mit auf den Weg bringen.

83 Wir unterstützen den Bund außerdem bei der Einführung des Bürgergeldes und
84 fordern, dass Schleswig-Holstein dieses Vorhaben im Bundesrat unterstützt.

85 Neben gezielter Unterstützung für diejenigen, die es am nötigsten haben, gilt es
86 das Problem der hohen Preise an der Wurzel zu packen. Eine hohe Nachfrage führt
87 zu hohen Preisen. Energieeffizienz und Energiesparen sind also Preissenker. Auch
88 wer sich selbst die teure Energie noch leisten kann, ist aufgerufen aus
89 Solidarität mit anderen und für die Zukunft unseres Landes ebenfalls sparsam mit

90 Energie umzugehen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die günstigen
91 Stromgestehungskosten der Erneuerbaren auch bei den Kund*innen ankommen. Das ist
92 aktuell nicht der Fall und muss sich ändern.

93 Eine Verlängerung des falschen und unwirksamen Tankrabattes lehnen wir ab und
94 das Dienstwagenprivileg gehört schnellstmöglich abgeschafft. Freiwerdende Mittel
95 wollen wir zur Entlastung von Pendler*innen nutzen, also für einen besseren ÖPNV
96 und die Einführung eines Klima- und Mobilitätsgeldes.

97 Die Gasumlage zur Vermeidung eines Zusammenbruchs des deutschen
98 Gasversorgungsmarktes war ein bitterer, aber notwendiger Schritt. Dass es
99 Finanzminister Lindner nicht gelungen ist in Brüssel eine
100 Mehrwertsteuerbefreiung für diese Umlage zu erreichen bedauern wir. Wir fordern
101 von der Bundesregierung, dass die Mehreinnahmen komplett zur Entlastung der
102 Energiekund*innen eingesetzt werden. Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas
103 kann nur ein übergangsweises Hilfsinstrument sein. Wir brauchen stattdessen ein
104 sozial gerechtes und den Klimaschutz voranbringendes Entlastungspaket, das
105 diejenigen unterstützt, die besonders von hohen Preisen und Inflation belastet
106 sind.

107 Ein solches Entlastungspaket sollte sich zudem aus den Einnahmen einer aus
108 unserer Sicht dringend erforderlichen Übergewinnsteuer finanzieren. Diese soll
109 die Gesellschaft an solchen Unternehmensgewinnen beteiligen, die infolge des
110 Krieges leistungslos erzielt wurden.

111 Die vor uns liegenden Monate werden nicht leicht. Unsere Demokratie hat die
112 Kraft dazu diese gut und solidarisch zu gestalten. Bündnis 90/Die Grünen werden
113 ihren Beitrag dazu leisten.

Begründung

Gemeinsamer Antrag von Aminata Touré (KV Neumünster) und Tobias Goldschmidt (KV Plön),
unterstützt von Monika Heinold (KV Kiel), Anna Tranziska (KV Pinneberg) und Steffen Regis (KV Kiel).

Unterstützer*innen

Jan Karthäuser (KV Ostholstein); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Arnd Hemken (KV
Pinneberg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Ruth Kastner (KV Stormarn); Steffen Regis (KV Kiel); H-
J Bethe (KV Pinneberg); Stefan Rehse (KV Stormarn); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde);
Matthias Sünemann (KV Stormarn); Rolf Ebbers (KV Stormarn); Johannes Albig (KV Kiel); Stefan
Lansberg (KV Plön); Sönke Carstensen (KV Kiel); Regine Neujahr-Goebel (KV Neumünster); Rainer
Goebel (KV Neumünster); Anna Tranziska (KV Pinneberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Peter
Bothe (KV NF); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Anna Leidreiter (KV Segeberg); Andreas
Rieschick (KV Stormarn); Ralf Otzen (KV Nordfriesland); Stephan Wiese (KV Lübeck); Joachim Stoll (KV
Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Rolf Bünthe (KV Nordfriesland);
Margot Böhm (NF); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); KatjaK HL (Mitglied); Uta Bergfeld (KV
Schleswig-Flensburg); Rainer Borcharding (KV Schleswig-Flensburg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Uta
Röpcke (KV Hztg Lauenburg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Hilbrecht (KV
Dithmarschen); Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas
Reithofer (KV Kiel); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Martina Behrens-Krull (KV Kiel); Dietmar

Gosch (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Christian Saftig (KV Kiel); Nicole Derber (KV Ostholstein); Ingrid Nestle (KV Steinburg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Sven Christian Seele (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Doris Dönges (KV Plön); Denise Loop (KV Dithmarschen); Fabian Faller (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Juliane Michel (KV Neumünster); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Bernhard Schrader (KV Pinneberg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Philipp Walter (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Meike Lüdemann (KV Segeberg); Gazi Freitag (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Momme Carstensen (KV Flensburg); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Nadine Mai (KV Pinneberg); sotiria Luedtke (KV Luebeck); Niklas Willma (KV Neumünster); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Anna Langsch (KV Kiel); Anja Kloos (KV Ostholstein); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen); Maria Andresen (KV Nordfriesland); Arne Langniß (KV Kiel)